

EicherG

Von: Dieter Weber <d.weber@materials-scientist.com>
Gesendet: Dienstag, 27. Juni 2017 15:41
An: stellungnahme.telemedienangebot
Betreff: Stellungnahme zum Telemedienauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie Rückmeldungen zu Ihrem Gesetzesvorhaben einholen.

Grundsätzlich stimme ich zu, dass eine Reform beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk lange überfällig ist. Die klassische Trennung zwischen Print, Radio und Fernsehen macht bei heutigen Online-Formaten keinen Sinn mehr, weil diese Elemente typischerweise kombiniert auftreten, also Artikel mit eingebetteten Videos oder Videos mit textlicher Beschreibung des Inhalts und interaktiven Kommentarspalten.

Mir ist es wichtig, dass Inhalte nicht künstlich beschränkt werden, sondern möglichst weit verbreitet, um ihrem Auftrag gerecht zu werden.

Weiterhin sehe ich in der Ära von "Fake News" einen großen Bedarf an seriösem Journalismus, der unabhängig von Geldgebern mit Partikularinteressen (Werbekunden, Parteien, Interessengruppen etc.) ist.

Das Modell der GEZ, für Endgeräte oder Haushalte feste Gebühren zu verlangen, halte ich für überkommen, denn praktisch jedes Telefon und jeder Computer kann heutzutage Rundfunk empfangen, wobei das aber eine wenig genutzte Zusatzfunktion ist, die sich auch nicht abschalten lässt.

Ich persönlich würde kaum einen Unterschied spüren, wenn ARD und ZDF morgen abgeschaltet werden und verschwinden. Die Gebühren der GEZ und der damit verbundene Aufwand stehen in keinem Verhältnis zur Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der heutigen Zeit. Die quasi-staatliche Förderung für willkürlich ausgewählte Medienanstalten benachteiligt außerdem Privatmedien und andere Initiativen. Weiterhin benachteiligt dieses Modell mit festen Beiträgen Studierende und Geringverdiener massiv gegenüber Bessergestellten.

Mein Vorschlag wäre, die Medienunternehmen und Initiativen in Deutschland analog zur Parteienförderung zu finanzieren. Das heißt es steht prinzipiell jedem offen, ein öffentlich-rechtlich gefördertes Medium zu starten, und in Abhängigkeit von Nutzerzahlen, Spenden etc.

und geknüpft an bestimmte Standards zur Qualität und Neutralität stützt der Staat aus Steuertöpfen diese Unternehmungen. Steuerfinanzierung würde bedeuten, dass die Doppelstruktur und die Ungerechtigkeit der GEZ wegfallen und stattdessen eine weitaus besser entwickelte und gerechtere Einnahmequelle mit genutzt wird.

Zusammengefasst begrüße ich prinzipiell, dass Änderungen vorgesehen sind. Die hier vorgeschlagene Änderung am Gesetz ist aber rein kosmetischer Natur und geht die zugrundeliegenden Konflikte und Probleme nicht an. Hier müsste der Gesetzgeber ein deutlich größeres Rad drehen, was seit fast 20 Jahren überfällig ist. Eine Partei, die hier eine Lösung anbietet, hätte meine Stimme.

Mit freundlichen Grüßen,
Dieter Weber

Dr. Dieter Weber
Wendelinusstr. 30-32
52428 Jülich

Tel.: 01522 87 211 66